

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Bei der politischen Auseinandersetzung das Gemeinschaftsinteresse im Blick zu haben, fordert **Renate Schmidt MdL**.

Seite 1

Eine Chronologie der Probleme mit dem Schürmann-Bau hat **Otto Reschke MdB** erstellt: 365 Tage R(h)einfall zu Bonn.

Seite 2

Burundi vor einer Katastrophe wie in Ruanda zu bewahren, verlangt **Volker Neumann MdB**: So schnell wie möglich Blauhelme entsenden.

Seite 4

49. Jahrgang / 245 / 22. Dezember 1994

Das Gemeinschaftsinteresse im Blick haben Wir brauchen eine Streitkultur, nicht Diffamierungen

Von **Renate Schmidt MdL**
Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Vorsitzende der bayerischen SPD

Wir alle, die wir in der politischen Arbeit stehen, werben um Zustimmung für unsere Ziele, für unsere Wege zur Lösung anstehender Probleme, für unsere Parteien und Programme. Das ist gut und richtig so.

Aber wir sehen nicht nur unsere berechtigten parteilichen Interessen. Wir behalten auch das Gemeinschaftsinteresse im Blick. Die Gemeinsamkeit der Demokraten ist für mich keine leere Floskel, die zum folgenlosen Palaver in Sonntags- und Akademiereden gerät. Wir wollen sie praktizieren - im Parlament an erster Stelle.

Lebendige Demokratie braucht den Streit und die Auseinandersetzung. Sie braucht aber auch die Kompromißfähigkeit und den Konsens. Dazu kommen wir nur mit einer Streitkultur ohne Diffamierungen und Verdächtigungen. Und das ist auch das erste Rezept gegen Politikverdrossenheit.

Wir nehmen unsere Kontrollaufgabe gegenüber der Staatsregierung sehr ernst - schon deshalb, weil die CSU diese ureigenste Aufgabe des Parlaments in ihrer 'Aktionseinheit' mit der Staatsregierung nicht wahrnimmt, sondern in der Regel sich erstmal genau erkundigt, was sie meinen darf, und dann schweigt. Ich weiß, daß es schwierig ist, diese in 36 Jahren eingeübte Haltung abzulegen. Deshalb werden wir der Staatsregierung umso stärker auf die Finger schauen und kritische Fragen stellen:

- o Wie kann der Staat schlanker werden, wenn nur die anderen Diät halten sollen und die Ministerialbürokratie sich aufbläht?
- o Wer rede von Staatsvereinfachung und ist für das komplizierteste Steuerrecht seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich?
- o Wer spricht von europäischer Integration und beschränkt sich dabei auf das politische Modell einer Freihandelszone?
- o Wer verweigert sich der Förderung der mittelständischen und der regionalen Wirtschaft und verzettelt sich in der Technologiepolitik?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2.b. 53113 Bonn
Postfach 19 01 57, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
and exclusive rights reserved
Reproducible Paper



- o Wer hemmt durch Bürokratie, durch mangelhafte Förderung und durch falsche Weichenstellung in Richtung Kernenergie die breite Einführung erneuerbarer Energien?
- o Wer baut das Sozialwesen ab und schafft eine Klassengesellschaft, statt allen eine Chance zu geben, zu leben und wieder in Arbeit zu kommen?
- o Wer verweigert sich einer Neuorientierung des Bildungswesens, die nicht nur für die Kinder, die Jugendlichen und alle, die lernen wollen und die mit Bildung befaßt sind, unverzichtbar ist, sondern letztlich die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes sichert ?
- o Wer traut unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, Demokratie im Rechtsstaat zu leben, sondern will immer mehr kontrollieren? Wer hat kein Vertrauen in die Menschen?

Wir legen den Finger auf diese Wunden, weil darunter unser Gemeinwesen, unsere ganze Gesellschaft zu leiden hat. Aber wir fragen und kontrollieren nicht nur. Wir bieten auch Lösungen für die zentralen Aufgabenstellungen an, so wie wir es in den letzten Monaten gemacht haben. Wir sagen, was wir wollen.

Aber zu diesem neuen Verständnis würde eben auch gehören, daß CSU und Staatsregierung Angebote aufnehmen. Seltsame Spielchen, daß unsere Vorschläge abgelehnt werden, um sie dann später als eigene einzubringen - wir haben sie mit dem zehnten freiwilligen Hauptschuljahr, bei den Öko-Bilanzen, beim Entgelt für die Einspeisung erneuerbarer Energien erlebt -, sollten endlich der Vergangenheit angehören.

Was Bayern nicht hat, aber dringend bräuchte, ist eine Regierung, die angesichts der ungeheuren Veränderungen unserer Zeit bereit ist, den eigenen Sachverstand dem Sachverstand der Andersdenkenden auszusetzen. Wir brauchen heute die Offenheit gegenüber den Menschen, egal welcher Gruppe sie angehören. Wir brauchen eine Politik für die gesamte Bevölkerung und nicht Gruppen- oder Klientelpolitik.

Wir werden in den nächsten vier Jahren diese Politik vertreten und aus der Opposition heraus versuchen, sie durchzusetzen: Für ein wirtschaftlich und ökologisch starkes, für ein sozial gerechtes, für ein liberales, offenes, demokratisches Bayern, für unsere Heimat.

(-/22. Dezember 1994/rs/fr)

365 Tage R(h)einflut zu Bonn

Zum ersten Jahrestag des Jahrhunderthochwassers

Von Otto Reschke MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Bundestages

In der Nacht vom 22. auf den 23. Dezember 1993 überflutete das Rheinhochwasser die fast fertig gestellte Baustelle an der Kurt-Schumacher-Straße (Schürmann-Bau). Was dann folgte ist wert, nochmals als Chronologie aufgezeigt zu werden:

03.01.1994 vorläufige Stilllegung der Baustelle durch die ABE.

12.01.1994 einvernehmlicher Beschluß des Haushaltsausschusses, daß der BM Bau alle Maßnahmen trifft, um weiteren finanziellen Schaden des Bundes zu vermeiden. Dabei geht der Ausschuß von einer zügigen Durchführung des Beweissicherungsverfahrens aus. Der Ausschuß erwartet genaue Informationen über das Verhältnis Bundesbaudirektion und der beteiligten Ingenieurbüros. Der Bundesrechnungshof wird beauftragt, die Frage nach den Verantwortlichkeiten zu klären und es wird ein Bericht über die Neuorganisation der Bundesbaudirektion erwartet.

12.01.1994 Einleitung eines selbständigen Beweissicherungsverfahrens am Landgericht Bonn durch die ARGE Rohbau Teil A, Rohbau Teil B und Rohbau Teil F.

14.01.1994 Einleitung eines selbständigen Beweisverfahrens durch das BM Bau. Anschließend Verbindung der Verfahren durch das LG Bonn.

23.06.1994 Mehrheitsbeschluß (6:3) des Rechnungsprüfungsausschusses, der eine Nutzung des Schürmann-Baus durch die Deutsche Welle zum Gegenstand hat. Die Beschlußempfehlung wird mit der Ergänzung der Prüfung eines Selbstbaues durch den Bund als Alternative zur Investorenlösung vom Haushaltsausschuß einvernehmlich unter der Voraussetzung angenommen, daß die Wirtschaftlichkeit dieser Lösung nachgewiesen wird. Dabei geht der Ausschuß davon aus, daß eine Fertigstellung des Gebäudes zum 1.7.1997 möglich sei.

24.06.1994 Einreichung der ersten Teilklage eines durch die Stilllegung betroffenen Unternehmens auf Zahlung.

15.07.1994 Beschränkte Ausschreibung "Aufforderung zur Abgabe eines Grunderwerbs- und Mietangebotes" durch das Ingenieur-Büro Obermeyer im Auftrag des BM Bau (Frist: 8.8.1994).

09.08.1994 Bericht des Bundesrechnungshofes über dieses Ausschreibungsverfahren. Vernichtende Kritik. Größer Vorwurf, nicht vereinbar mit Haushaltsrecht und Umzugstermin Deutsche Welle ist nicht einzuhalten.

25.08.1994 beschließt die Koalitionsrunde (! nicht Bundesregierung) weiterhin die wirtschaftlichste Lösung für die Unterbringung der Deutschen Welle im Schürmann-Bau zu finden. Vor einer endgültigen Entscheidung wird das BM Bau in Abstimmung mit dem BMF und BMI die Grundlagen und Inhalte eines Grundstückskaufvertrages und eines Mietvertrages weiter präzisieren und die erforderlichen Verhandlungen führen. Dabei soll der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zur Herbeiführung der wirtschaftlichsten Lösung berücksichtigt werden.

06.09.1994 Einbringung des Antrages "Schürmann-Bau" der SPD-Fraktion (BT-Drs. 12/8470), der die Aufforderung an die Bundesregierung zur Vollendung des Schürmann-Baus zum Gegenstand hat. Darüber hinaus beschließt die SPD-Bundestagsfraktion, einem Verkauf des Grundstückes nicht zuzustimmen.

21.09.1994 Sondersitzung Deutscher Bundestag, unter anderem Behandlung des Antrages der Fraktion "Schürmann-Bau" (Drs 12/8470) und Überweisung an den Bauausschuß (federführend!)

28.09.1994 Vortage des ersten Teilgutachtens der Gerichtsgutachter. Klärung der Frage der Verantwortlichkeit verdichtet sich auf bauausführende Firmen (hbw) und die Bauüberwachung Sicherheitsmaßnahmen beim Hochwasser (Schadensbegrenzung) waren völlig unzureichend. Die Bauministerin Schwaetzer lehnt jegliche Wintersicherung des fast fertig gestellten Rohbaues ab.

22.11.1994 Androhung eines erneuten Beweissicherungsverfahrens durch die Firma Lückge Versorgungstechnik (von dem Baustopp betroffene Firma).

28.11.1994 Beginn der Abpumparbeiten am Schürmann-Bau. Ende nach Auskunft des die Arbeiten ausführenden Unternehmens: Mitte Januar 1995.

Nach mehr als einem Jahr wird damit der Zustand annähernd erreicht sein, der vor Eintritt des Hochwassers gegeben war - eine mehr als traurige Bilanz für die Bundesregierung - auch wenn die eigentlich verantwortliche Ministerin nicht mehr im Amt ist.

Sehr erstaunlich ist auch, daß sich das Bundeskabinett überhaupt noch nicht mit der Angelegenheit befaßt hat, trotz des Hochwassers vor einem Jahr, daß sich zur größten Lachnummer der Nation entwickelt hat.

Jetzt ist endlich die Zeit zum Handeln gekommen. Nicht nur die Deutsche Welle muß wissen, wohin es zum 1. Juli 1997 gehen soll - auch das Deutschlandradio in Köln muß erfahren, wo es in Zukunft untergebracht werden soll. Dem Deutschlandradio wurde die weitere Nutzungsmöglichkeit des Nebengebäudes der Deutschen Welle zum 30. Juni 1996 gekündigt.

Ob unter diesen Voraussetzungen der Umzug der Deutschen Welle von Köln nach Bonn die wirtschaftlichste Lösung darstellt, wenn nicht asbestverseuchte Räume im Haus der Deutschen Welle in Köln zur Verfügung stehen, erscheint wohl eher zweifelhaft zu sein.

Eine wirtschaftliche und sinnvolle Nutzung des Schürmann-Baus muß her. Auch Herr Töpfer ist uns bisher den Nachweis der Wirtschaftlichkeit der Verlegung der Deutschen Welle schuldig geblieben.

(-/22. Dezember 1994/rs/fr)

Burundi vor einer Katastrophe wie in Ruanda bewahren
Blauhelme müssen so schnell wie möglich entsandt werden

Von Volker Neumann MdB

In neuerlichen Massakern in Burundi sind in den letzten Tagen hunderte von Menschen (vor allem Hutus) von marodierenden Tutsi-Soldaten getötet worden. Hutu-Vertreter sprechen von einer "ethnischen Säuberung".

Die Soldaten gehen mit Handgranaten und Gewehren gegen die Zivilbevölkerung vor. Ziel der außer Kontrolle geratenen Armee ist es offenbar, die Regierung zu stürzen, um eine Tutsi-dominierte Regierung einzusetzen.

Viele der Hutus sind auf der Flucht aufs Land oder in Richtung Tansania. Es wurde bereits der Ausnahmezustand verhängt.

Nicht noch einmal darf die Welt einer Katastrophe wie in Ruanda untätig zusehen. Trotz Weihnachten oder gerade deshalb sollte die Bundesregierung umgehend ihren Einfluß bei EU und UNO geltend machen, um zu bewirken, daß friedenserhaltende Maßnahmen ergriffen werden.

Blauhelme müßten so bald wie möglich in Burundi stationiert werden.

Eile ist geboten, damit eine Tragödie wie in Ruanda noch verhindert werden kann!

(-/22. Dezember 1994/rs/fr)